

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljahr 7,50 M., monatlich 2,50 M., halbjährlich 12,00 M., vierteljährlich 3,00 M., einjährig 24,00 M., ein- und einhalbjährlich 30,00 M., zweijährlich 54,00 M., dreijährlich 78,00 M., viereinhalbjährlich 102,00 M., fünfjährlich 126,00 M., sechsjährlich 150,00 M., siebenjährlich 174,00 M., achtjährlich 200,00 M., neunjährlich 225,00 M., zehnjährlich 250,00 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntag einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 20. März 1919

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Standardzeile kostet 1,20 M. „Kleine Anzeigen“, das heißt die Zeile mit 20 bis 30 Wörtern, kostet 1,00 M. Die Zeile mit 10 bis 15 Wörtern kostet 0,80 M. Die Zeile mit 5 bis 10 Wörtern kostet 0,60 M. Die Zeile mit 3 bis 5 Wörtern kostet 0,40 M. Die Zeile mit 2 bis 3 Wörtern kostet 0,30 M. Die Zeile mit 1 Wort kostet 0,20 M. Die Zeile mit 10 bis 15 Wörtern kostet 1,20 M. Die Zeile mit 10 bis 15 Wörtern kostet 1,20 M. Die Zeile mit 10 bis 15 Wörtern kostet 1,20 M.

Die Posener Note der Alliierten.

Berlin, 20. März. Die Note, durch welche Volschostev Roussin, der Vorsitzende der Interalliierten Kommission in Posen, dem Vorsitzenden der deutschen Unterkommission, Freiherrn von Redenberg, den Abbruch der Verhandlungen mitteilte, lautet in der Übersetzung folgendermaßen:

„Herr Präsident! Ich habe gestern Abend den Brief erhalten, in welchem Sie mich davon in Kenntnis setzten, daß Ihre Regierung, bevor Sie eine definitive Entscheidung trifft, bezüglich des Modus der Ernennung für die paritätische Oberkommission in Posen, die im Titel IV, Artikel 1, § 2 vorgesehen ist, es wünscht, die polnische Behörde mit einer Anfrage zu befragen, die von dem Herrn Minister Erzberger ausgeht.“

Die Internationale Interalliierte Kommission, welche als höchste Instanz für den Abbruch der Verhandlungen den 18. März, mitternacht, festgesetzt hat, kann sich nicht bei diesem neuen Vorschlag aufhalten. Es wäre übrigens in jeder Hinsicht unzulässig gewesen, weil die Verhandlungen einzig und allein zwischen Ihrer Delegation und der unrisigen geführt worden sind, allein im Sinne unserer bezüglichen Regierung.“

Die deutsche Regierung hat die Lösung schon zu lange hinausgeschoben. Sie ist zu verschiedenen Malen zurückgekommen auf die Abmachungen, welche ohne Schwierigkeiten von Ihrer Delegation angenommen worden waren. Sie hat zuerst Ihre Delegierten unter dem

Berwand zurückberufen.

mit ihnen zu beraten und hat sie dann, ohne genügende Weisungen zurückgeschickt.

Die deutsche Oberste Sekretariat hat ihrerseits die Dinge kompliziert dadurch, daß sie ihrem zuständigen Vertreter, dem General von Demmes unterstellt hat, das Willkommen zu unterzeichnen, welches unter seiner Mitwirkung redigiert worden war. Die militärischen Behörden scheinen es demnach abzulehnen, mit der Signatur einzuzeichnen.

Schließlich hat auch Herr Minister Erzberger darauf bestanden, in eine Interalliierte Kommission einen Vertreter des Papstes oder der Schweizer Eidgenossenschaft einzuführen, und auf die Garantie, welche wir ihm dadurch gegeben haben, daß wir die Wahl des Vorsitzenden durch die Internationale permanente Waffenstillstandskommission in Posen vornehmen lassen wollen, antwortet er ungeduldet Ihrer Zustimmung mit einem augenscheinlich unannehmbaren Angebot.

Die Interalliierte Kommission kann sich nicht länger zu einer Totfuge hergeben, welche die Aussicht durchblicken läßt, den Verpflichtungen auszuweichen, welche sich für die deutsche Regierung aus dem Artikel 1 des Waffenstillstandsabkommens vom 18. Februar 1919 ergeben. Sie betrachtet daher ihre Mission als beendigt und wird

Posen heute Abend verlassen.

Die polnische Regierung ist benachrichtigt und wird im Besonderen mit Exzerpten aller Maßnahmen treffen, welche die Abreise der deutschen Delegation von heute ab ermöglichen. Um den alliierten Regierungen zu gestatten, den persönlichen Kontakt zu wahren, welcher unsere Kommission ständig besetzt hat, richten wir an Sie den Vorschlag des Vertragsentwurfs, dessen Abschluß beabsichtigt ist, indem wir bitten, ihn dann Marschall Hoch zu übermitteln, als Teil der Ausführungsbestimmungen des allgemeinen Waffenstillstands.“

Dazu wird bemerkt:

Diese Note des Volschostev Roussin geht um den eigentlichen Kernpunkt herum. Derselbe die deutsche Regierung dadurch, daß sie von vornherein den Gegnern die Mehrheit in der Oberkommission zugestanden, die endgültige Entscheidung über das persönliche Schicksal der Deutschen und Polen reiflos in die Hände der Alliierten legen? Das dürfte die deutsche Regierung nicht!

Es blieb bei ihrem Vorschlag, und wies Ihre Unterhändler, die in allen sonstigen Fragen freie Hand hatten, streng an, in diesem einzigen Punkt auf jede Gefahr hin fest zu bleiben.

Die Ausfuhrverweigerung nicht anerkannt. Starke Widerstände der Seeleute gegen den Beschluß.

Hamburg, 20. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In dem Beschluß der Seemannsversammlung wird dem Hamburger „Echo“ mitgeteilt, daß die vom Seemannsbund einberufene Versammlung nicht ausschließlich von Seeleuten, sondern auch von Arbeitlosen anderer Berufe besucht war. Ebenso war das Ergebnis der Abstimmung zweifelhaft. Unter den an Bord der Schiffe befindlichen Seeleuten besteht jedenfalls eine starke Strömung gegen einen solchen Beschluß, der das ganze Ernährungsabkommen mit der Entente in Frage stellen würde. Denn die feindlichen Mächte sind entschlossen, sich die Schiffe eventuell mit Gewalt zu holen, wobei dann aber natürlich auf Lebensmittelforderungen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen wäre. Auch die nautischen und technischen Offiziersverbände sind, so schwer ihnen der

Verlust der Schiffe fällt, von der Notwendigkeit der Ausfuhr überzeugt. Das Hamburger „Echo“ weist darauf hin, daß die im Transportarbeiterverband organisierten Seeleute sich bereit erklärt hätten, eine genügende Anzahl von Seeleuten für die Besatzung der Schiffe zu stellen.

Die deutsche Selbstblockade.

Mit Unruhe vernimmt das arbeitende Volk Deutschlands die Nachrichten aus Hamburg, wonach die Lebensmittelversorgung der nächsten Monate durch das Verhalten eines Teils der Seeleute bedroht wird. Wenn es dem Transportarbeiterverband gelingt, der vorhandenen Schwierigkeiten Herr zu werden, so kann er des Dankes des ganzen deutschen Volkes gewiß sein.

Das Vorgehen der Hamburger Spartakisten ist nur ein Teil ihres Plans, Deutschland derart zu zerrütten, daß es nicht mehr imstande ist, sich gegen ihre Machtansprüche zu wehren und nicht mit Unrecht wird man hinter solchen Vorgehens die russische Hand vermuten, der der deutsche Spartakismus nur als Werkzeug dient.

In einem Flugblatt des Spartakusbundes ist gelagt worden, Deutschland hoffe umsonst auf Lebensmittelzufuhr aus den Ententeländern, die Entente werde Deutschland nur einen Fußtritt versetzen und dann werde Deutschland auf Ausland angewiesen sein. Ausland ist aber nicht imstande, Deutschland auch nur mit dem Nötigsten zu versorgen, weil es selber hungert.

Der Abschluß des Lebensmittelabkommens von Brüssel mußte daher den Spartakisten sehr unangenehm sein, und in dem Hamburger Beschluß sehen wir einen letzten Versuch, seine Durchführung zu verhindern. Die deutschen Arbeiter sollen hungern und müssen hungern, das ist das A und O der spartakistischen Politik.

In diesem Sinne ist die Hamburger Entschädigung ein Gegenstück zu dem berüchtigten Berliner Generalstreik-Beschluß, Berlin Wasser, Gas und Elektrizität zu sperren. Sie ist eine Teilerlöschung der Volkswirtschaft, die darauf ausgeht, das deutsche Wirtschaftsleben durch immerwährende Streiks zu erschüttern und Deutschland damit die Gegenwerte, die es für die Einfuhr von Lebensmitteln leisten kann, aus der Hand zu schlagen. Dies alles ist das gerade Gegenteil von Arbeitersolidarität.

Die Arbeitersolidarität wird nicht von den Spartakisten des Seemannsbundes, sondern von den Mehrheitssozialisten des Transportarbeiterverbandes bestritten. Mögen unsere Seeleute dafür sorgen, daß wir etwas zu essen bekommen, mögen aber auch die Arbeiter aller Berufe erkennen, daß die Selbstvernichtungspolitik des Spartakismus und seiner unabhängigen Freunde ihr gefährlicher Feind ist!

Sozialisierung von Gas, Wasser, Elektrizität

Berlin, 20. März. Das Kabinett hat in seiner Sitzung vom 19. März beschlossen, das Reichswirtschaftsamt mit der schleunigen Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes zu beauftragen, der die Sozialisierung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen herbeiführen soll. Dieser Beschluß trifft sich in seinen Absichten mit dem Gesetzesentwurf über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, den die Sozialisationskommission ausgearbeitet hat. Die von ihr dort aufgeführten Wirtschaftszweige, insbesondere die Erzeugung von Nahrungsmitteln (Vorratierung), die Herstellung von Kleinwohnungen, die gewerbemäßige Stellenvermittlung und die Kommunalisierung der Apotheken müssen nach dem Sinne der Regierung den Kommunen und Kommunalverbänden die Möglichkeit geben, auch ihrerseits den Sozialisationsgedanken für die Gemeinde nutzbar zu machen, um so von der politischen zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung großen Stils zu kommen.

Vor der französischen Demobilisierung.

Neuwahlen im Juli.

Bern, 20. März. Laut „Progrès de Lyon“ beabsichtigt die Regierung, die französischen Neuwahlen für die Parlamente usw. im Laufe des Juli stattfinden zu lassen. Dies gestattet den Rückschlag, daß man mit einer völligen Demobilisierung aller Klassen der Reserve des aktiven Heeres bis zum 30. Juni rechnet. Der „Lyoner Nouvelle“ erfährt hierzu, daß bis zum 5. April 2,7 Millionen französische Soldaten ins Zivilleben zurückgeführt sein werden.

Ziele und Wege in der Kulturpolitik.

Von Dr. R. Lojmann.

Es ist an der Zeit, daß wir wieder mehr von den Zielen reden, als von dem Wegen, mehr von programmatischen Forderungen, als von dem zurzeit Erreichbaren, kurzum: mehr von Parteipolitik als von Regierungspolitik. Wir müssen uns bewußt bleiben, daß die Partei als solche auch weiterhin das vorwärtsdrängende Element, die treibende Kraft bilden muß, daß sie als die Siegelbewahrerin des Ideals, der letzten Parteiziele um so nachdrücklicher auftreten muß, je mehr die Politik des Augenblicks sich in der Kunst des Möglichen erschöpft, je mehr diese zur Annahme des vorläufig Erreichbaren oder, wenn man es frag formulieren will, zu Selbstkeiten gezwungen ist. Die sozialdemokratische Partei wird Kampfpartei bleiben oder sie wird nicht bleiben.

Dies gilt ganz besonders von dem zweiten Ziele der Kulturpolitik, das in der öffentlichen Erörterung der letzten Sturmwochen etwas gar zu kurz gekommen ist, während es für Millionen Volks- und Parteigenossen nach wie vor im Brennpunkte des Interesses steht. Als Minister Ganisch aus jenen klaren, politischen oder, wenn man will, opportunistischen Gründen sich zu einer Zurückschraubung der radikalen Draufgängerpolitik seines unabhängigen Amtsgenossen gezwungen sah, da ging ein Ruf der Enttäuschung durch die weitesten Kreise auch unserer Parteigenossen. Diese Enttäuschung wuchs, als man je länger je klarer erkannte, daß das Ministerium für Volksbildung die großen Kulturfragen nicht auf Grund revolutionären Rechtes, nicht diktatorisch selbst löst, sondern die Entscheidung darüber dem im Lande verläpperten Volkswillen anheimstellen wollte. Es zeigte sich eben auch hier im Volke eine menschlich durchaus begriffliche Ungebuld und Nervosität; der ruhige Gang einer klugen Politik der nächsten Möglichkeiten vermochte — ganz ähnlich wie etwa in der Frage der Sozialisierung — die auf ein revolutionäres Tempo eingestellte Nervenspannung nicht zu lösen.

Unbegreiflich aber war es, daß man auf Grund dieser Regierungspolitik die Partei als solche angriff und zu diskreditieren suchte. Niemals verlegnet doch eine Partei dadurch ihre Ziele und Aufgaben, daß einer ihrer Führer bei der Wahl der Wege den langsameren für den sichereren hält und die Politik des Tages danach orientiert. Um diesen grundlegenden Unterschied zwischen Partei- und Regierungspolitik hat zu dokumentieren, wäre allerdings hier wie bei ähnlichen Vorgängen im Reich eine sofortige parteiamtliche Rundgebung am Platze gewesen. Wir hätten dadurch so manchen Feuerkopf und Stürmer nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es die Pflicht aller zu gleichen Zielen Strebenden ist, sich über die Wege und nächsten Möglichkeiten innerhalb der Partei zu verständigen, innerhalb der Partei für die Erreichung des Zieles zu arbeiten und einzutreten, statt ihr in schnell aufwallendem Rhythmus den Rücken zu kehren.

Ueber die kulturpolitischen Ziele sind wir uns doch in der Tat einig, und kein Kompromiß der sozialistischen Regierungsmitglieder mit den rechtstehenden Parteien wird und darf die Partei als solche und ihre zielklare Politik von dem geradlinigen Weg auch nur um Zollbreite abdrängen. Wir müssen das Recht auf Bildung als ein Recht des Volkes aufs neue programmatisch stabilisieren, wir müssen Ernst machen mit dem Aufbau der Arbeitsschule wie mit der Trennung von Kirche und Staat, Kirche und Schule. Darüber hinaus gilt es dann einzutreten für die Sozialisierung der öffentlichen Kunstpflege — auch die Kunst darf nicht länger eine Domäne der hegemonen Klassen bleiben — und für eine wirklich freie, allen zugängliche Vermittlung der Wissenschaft. Wir wissen, daß die Erziehung zum Sozialismus, die Heranbildung des kommenden Geschlechtes im sozialistischen Geiste die Zukunftfrage des sozialistischen Volksstaates überhaupt ist. Die Hoffnung einer ganzen Generation hängt an der schleunigen Inangriffnahme des Baues der Einheitschule. Hier muß und wird sich die Sozialdemokratische Partei als der Motor kulturpolitischer Willens bewähren, wenn anders sie die Führung im neuen Volksstaate in der Hand behalten will.

Wir wissen sehr wohl, daß Aufgaben wie die Schaffung der Einheitschule und die Trennung von Kirche und Staat nicht von heute auf morgen durch einfaches Dekret zu lösen sind — ebenso wenig wie die Sozialisierung der Betriebe. Wir wissen aber auch, daß man hier wie dort von rechts her mit vollem Bewußtsein zu bremsen versucht, und zwar

auf zwei sehr verschiedene, im Endziel aber übereinstimmende Methoden. Einmal will man uns mit den berühmten, „zurzeit unüberwindlichen, technischen Schwierigkeiten“ vor sofortigen Reformen hänge machen, und sodann sucht man radikale Reformen überhaupt zu verhindern mit dem Hinweis darauf, daß die bestehenden Einrichtungen bereits „weitgehenden demokratischen Anforderungen“ entsprechen. Mit dem ersten Einwande hat man z. B. jüngst unter Mithilfe der „Demokratischen“ Partei den Abbau der Vorhänge in Charlottenburg aufgeschoben, nach dem zweiten Rezept vertritt man den Standeschul-Charakter überhaupt, oder versucht sogar, wie in einem solchen erschienenen Aufsatz eines Geheimrats aus dem Kultusministerium, die höheren Schulen einschließlich ihrer „kollegialen“ (!) Verfassung als hervorragend „demokratische“ und „soziale“ Gebilde hinzustellen!

Der Zweck dieser reaktionären Mittel liegt auf der Hand: Regierung wie Partei sollen in diesen Tagen revolutionären Sturms und Drangs zu Beratungen, langwierigen Erwägungen und Vorarbeiten gezwungen werden und — Zeit gewonnen, alles gewonnen! Es ist aber das Gebot der Stunde, sich trotz aller nötigen vorherigen Erwägungen nicht vom entscheidenden Handeln abhalten zu lassen. Die Fehler einer Verzögerungstatistik dürfen sich hier nicht wiederholen. Nicht einmal die Regierung gewinnt dabei von rechts an Unterstützung, was sie nach links verliert — die Partei hat nur zu verlieren.

Je mehr sich also bei der augenblicklichen Partikularisierung innerhalb der Regierung Kompromisse als notwendig und zweckmäßig herausstellen, um so entschiedener muß die Partei ihren Willen zur Erreichung des Endzieles, zu sofortigen Reformen dokumentieren — und sei's auch nur ein allererster Anfang wie der Abbau der Vorhänge, die grundsätzliche, schulgeldfreie Aufnahme begabter Gemeindschüler in die höheren Schulen, die Trennung von Kirche und Schule oder ein Rahmengesetz, das unsere Fortpflanzung verfassungsmäßig verankert und den Weg frei macht für eine vorwärtsdrängende Schul- und Kirchenpolitik des Überganges. Unsere Fraktionen in der Nationalversammlung, namentlich aber in den Landtagen und Großstädten, müssen sich klar darüber sein, daß keine Ewigkeit zurückbringt, was hier von der Minute ausgeht; durch weitgehende Initiativanträge können sie ihren Willen zu kulturpolitischer Tat kundtun, in den Großstädten, wo sie die Mehrheit haben, können sie ihren Willen ohne weiteres in die Tat umsetzen. Und kein Gesetz der Reaktion um die gefährdeten Standesinteressen kann und darf sie bei der Verwirklichung des Ideals der Einheitschule irremachen, der alte Vorwurf der Religionsfeindschaft kann und nicht hindern, die Schule von den Fesseln der Kirche, die Kirche von den Fesseln des Staates zu befreien.

Das Volk wartet auf uns — aber es wartet mit fieberhafter gespannter Nerven, voller Ungeduld auf den Beginn des Kampfes um seine höchsten Güter, die uns das Wort „Kultur“ umschließt. Darum gilt es in diesen Tagen, wo die neue Parlamentsarbeit in Staat und Stadt beginnt, sofort ans Werk zu gehen, die kostbaren Wochen bis Ostern noch zu den ersten, wichtigsten Reformen zu nützen. Politik heißt nicht Reden, sondern Handeln!

Belgischer Annexionsismus.

Die verfolgten seit längerer Zeit die belgischen Annexionsbestrebungen mit Unbehagen. So viel wir sehen können, haben sich die belgischen Sozialisten bis jetzt mit diesen Bestrebungen nicht identifiziert. Die neuliche Versammlung der belgischen sozialistischen Partei in Brüssel legte klares Zeugnis dafür ab, daß die Masse des belgischen Volkes diesen Annexionsbestrebungen fern steht und nichts mit dem Treiben einiger belgischer Propagandisten zu tun haben will, die einen beträchtlichen Teil von Holland und den westlichen Teil der Rheinprovinz verschlucken möchten.

In „Le Peuple“ vom 17. März versucht nun Jules

De Gree in einem längeren Artikel, der die Überschrift trägt: „Ein Willkommen den Leuten von Malmédy“ die Annexion dieses Streifens durch Belgien zu begründen. Er stützt sich dabei auf die bekannten Argumente historischer Art, die ja für einen Sozialisten, selbst wenn sie richtig wären — aber das sind sie nicht, denn Malmédy hat ungefähr 1000 Jahre zum deutschen Reich gehört — keine Bedeutung haben. Dann stützt er sich auf die wallonische Nationalität der Einwohner von Malmédy und führt einige wallonische Familiennamen und wallonische Gesangsereine an, um daraus den Wunsch der Einwohner zu folgern, mit Belgien vereint zu werden.

Schließlich kann De Gree nicht umhin, seiner großen Enttäuschung darüber Ausdruck zu geben, daß der bekannte Gesandte aus Malmédy, Herr Brogard, in der Brüsseler Sozialistenversammlung in der Prosserie Namande mit seinen Annexionsideen in bezug auf Malmédy ausgepfiffen worden ist.

De Gree will die Welt glauben machen, daß die Pariser Konferenz bereits eine Entscheidung über Malmédy getroffen hat und begrüßt bereits „die neuen Staatsbürger Belgiens“.

Nun sind aber offenbar die Vorgänge bei der Flaggenhissung auf der Steinbachischen Fabrik nicht bekannt, sonst würde er seine Stellen nicht geschrieben haben. Wir wissen, daß die Malmédyer Arbeiterschaft versucht hat, die Flagge zu hängen, weil die belgische Flagge gehißt wurde. Die Industrie in Malmédy und die Arbeiterschaft ist ganz auf den Zusammenhang mit Deutschland und dem deutschen Wirtschaftsleben angewiesen, ebenso die Landwirtschaft. Wenn wir überzeugt wären, daß die Wallonen von Malmédy den Anschluß an Belgien wünschen, so wären wir die ersten, die Aktien darüber zu schließen. Aus direkten Nachrichten wissen wir aber, daß das Gegenteil der Fall ist. Ist De Gree der offene Brief in dem XXe Heft vom 17. März an den englischen Kommandanten von Malmédy bekannt, worin Klage darüber geführt wird, daß die belgischen Emigranten, die aus Stavelot nach Malmédy herüber kommen, von den Malmédyer Arbeitern mit Schimpfwörtern in Empfang genommen werden? Was nützt es, wenn De Gree lange Namen von wallonischen Familien anführt? Wir bestreiten nicht, daß diese Familien existieren, in allen Grenzbezirken gibt es Gegenden mit gemischter Bevölkerung. Wir möchten nur darauf hinweisen, daß in Belgisch Limburg in den Gemeinden Rembich, Voelen, Wesselaer, Heintichelapellen (Heintichelapellen), Monken, belgisch Porembet, Voelkerig, Gemmenich, Blerberg, Siebenaelen, Remerbael und Homburg mit ungefähr 20 000 Einwohnern die Mehrheit deutsch ist. Wahrscheinlich wollen diese Deutschen ebenso wenig nach Belgien, wie die Wallonen von Malmédy nach Belgien wollen.

Man sollte endlich der Annexionswut Grenzen setzen. Wir möchten glauben, daß es auch in Paris beschlossen ist, wenn anders eine in Berliner Zeitungen veröffentlichte Rotterdamer Depesche vom 15. März nach dem Markseher-Guardian wahr ist, wonach die friesenkonferenz die belgischen Ansprüche auf holländisches und deutsches Gebiet abgelehnt hat. Selbst wenn aber tatsächlich belgische Vorstöße dieser Art diskutiert worden sind, ist dies für uns kein Grund, von derjenigen Grundlage abzuweichen, die wir allein als für den Frieden maßgebend anerkannt haben.

Hoffmanns Erzählungen.

Auf Adolf Hoffmanns Segler über Vergewaltigung, der Freisheit habe das „Berliner Tageblatt“ unlangst festgestellt, daß Hoffmann seit dem 9. November an der Spitze einer bewaffneten Bande die Druckerei der „Berliner Volkszeitung“ besetzt hat. Darauf erwidert Hoffmann mit einer langen Darstellung, welche die „Freiheit“ mit dem Prädikat „maßesittlich“ versieht. Leider sehen wir uns genötigt, zu Adolf Hoffmanns „Wahrheiten“ einige Anmerkungen zu machen. Adolf Hoffmann behauptet, die Besetzung sei der äußersten Not entsprungen, da die Unabhängigen am Tage der Revolution kein eigenes Organ hätten und (wörtlich) „da der „Vorwärts“, „Scherl“, „Mitteln“, „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bereits von der Gruppe Liebknecht besetzt waren“.

Daß der „Vorwärts“ am 8. November von der Gruppe Liebknecht besetzt war, ist von keiner der darin beschäftigten Personen wahrgenommen worden. Sehen wir von dieser Phantasie ab, so

bleiben „Scherl“, „Mitteln“ und „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Von diesen war tatsächlich „Scherl“ in den Händen der Spartakisten, die den „Lokalanzeiger“ in eine „Rote Fahne“ verwandelten. Zum Glück liegen uns aber auch noch die Blätter der anderen Druckereien vom 10. November im Original vor. Und da finden wir in der „Internationale“ (früher „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“) als verantwortlichen Redakteur zeichnend Hans Bloch, den bekannten Redakteur der Unabhängigen. Und am Kopfe der im Verlage erscheinenden „Berliner Allgemeinen Zeitung“ vom 10. November steht „Ersteinst: auf Anordnung des A. und S. Rates ab heute als Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Chefredakteur E. Vogtler“.

Adolf Hoffmann hat also einfach gelogen, wenn er behauptet, daß die Unabhängigen nur in äußerster Not die eine „Berliner Volkszeitung“ besetzt hätten. In Wirklichkeit haben sie auch noch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und die bei „Mitteln“ erscheinende „Berliner Allgemeine Zeitung“, im ganzen also gleich drei Zeitungen annektiert.

Unverantwortliche Mißgriffe.

Verfolgungen des Bundes Neues Vaterland.

Der „Bund Neues Vaterland“ schreibt uns:

„Die in den ersten Kriegsmomenten begründete Vereinigung des „Bundes Neues Vaterland“, die allseitig ganz entschieden für den Gedanken des Völkervereinens eintrat und hierfür schwerste Drangsalierungen unter der Militärherrschaft Kaiserthums und Kaiserthums erfuhr, wird unter dem neuen Militarismus noch härter verfolgt. Im Januar beschlagnahmte man die Akten der sozialistischen Wirtschaftskonferenz des Bundes, die in rein akademischer Weise das Problem der Sozialisierung erörterte. Man gibt die Akten auch jetzt noch nicht frei, da sie angeblich belastendes Material enthalten. Die einzige Belastung liegt in der wohlberühmten Preussischen Dummheit der preussischen Polizei. Die Vortragskünstlerin Elisabeth Brud, der früheren Sekretärin, die wegen der früher erlittenen schweren Schädigungen im Gefängnis bettlägerig ist, wird nichts von bewaffneten Soldaten aus dem Bett gerissen. Der Sekretär des Bundes, Otto Lehmann-Ruhboldt, wird wochenlang von Pogromhorden belästigt. Man sucht bei ihm nach Waffen. Als Grund wird angegeben, der Bund wäre während des Krieges verboten worden und er wäre ja so pazifistisch und sozialistisch. Die Verfolgungen gegen Hauptmann v. Bearfeld, einem Mitglied des Vorstandes des Bundes, sind bereits bekannt. Das Telefon des Bundes und seiner Mitglieder wird amtlich beschlagnahmt. Jetzt hat man nun den Toga abgeschossen, indem man in Städte von 10 Mann in die Wohnung des Mitgliedes Dr. Gumbel einbringt, des Verfassers der Broschüre „Vier Jahre Lüge“. Zu seinem Glück ist Dr. Gumbel auf der Berner Pazifikonferenz, sonst wäre er nach der Aussage des die 10 Mann führenden Offiziers unbedeutend erschossen worden. Da man den Pazifikisten nicht bekam, so nahmen die Soldaten wenigstens drei neue Hemden und Teisofhosen und eine Taschenuhr mit. Wahrscheinlich wird in der nächsten Zeit erzählt werden, der Bund sei eine spartakistische, mit russischem Gelde bezahlte Gesellschaft, genau so wie die Alldeutschen während des Krieges behaupteten, er wäre zum Schutze des internationalen Kapitals von den Engländern bezahlt. Aus diesen dürren Tatsachen wird die Öffentlichkeit des Auslandes mit Verwunderung erfahren, welche merkwürdigen Vorstellungen die deutschen Regierungen vom Völkerverein zu haben scheinen, da man dessen ältesten Bekannter in solcher Weise verfolgen läßt.“

Wenn auch einzelne Mißverständnisse in erregten Zeiten nicht zu vermeiden sind, so wird doch die Regierung ihre Truppen strengstens anweisen müssen, daß solche Personen, die eine rein geistige Tätigkeit entfalten und mit dem bewaffneten Kuffstand nichts zu tun haben, unbehelligt bleiben. Die Suche nach „Belastungsmaterial“ nimmt hier und da schon krankhafte Formen an, so kennen wir einen Fall, wo der Jenstvermerk „nicht zugelassen“ (aus der Kriegszeit her!) auf einem Manuskript als verdächtiges Merkmal angegeben wurde.

Thadäus Rittner: „Unterwegs“.

Kammerspiele.

Rittners Komödien haben in ihrer ausgesprochen erotischen Färbung und in der steifigen Ironie manches gemein mit dem Gepräge, welches das dramatische Schaffen seines berühmten österreichischen Landsmannes Artur Schnitzler aufweist. Sie stellen eine Spielart feiner wienerscher Komik dar. Besonders charakteristisch ist für ihn ein Hang zum Spielerei-Phantastischen. Sein vorletztes Stück „Wölfe in der Nacht“ gab eine Probe virtuosen Könnens in dieser Hinsicht. Die Bestiegenheiten eines gewissen Respektismus und verzückter Liebeswahn sind hier mit einer verblüffend freien parabolischen Laune, die das Oberste zu unterst leidet und doch bei aller Heberhebung Beziehungsgeld und amüsanter Witz, perfiziert. Ein junger Mensch, der in den Verdacht des Rades gekommen, vergiftet sich während der Gerichtsverhandlung in das höchste Lärden der im Zuschauertraum sitzenden Frau Staatsanwältin, als gäbe im Augenblick nichts Wichtigeres für ihn auf der ganzen Welt. Seine Freisprechung dankt dem Richter im Vergleich dazu nur als Bagatelle; und auf solchem schwindelnd hohen Drahtfuß der Erfindung balanciert der Autor, ohne zu ermüden, jeden Einfall in lustigem Hebermut noch übertrumpfend, drei Akte lang.

Das neue Stück kann sich mit diesem Vorgänger leider in keiner Weise messen. Rittner greift hier zum Don-Juan-Rotio und gibt demselben dadurch einen phantastischen Hintergrund, daß er im Schicksal eines modernen Weiberhelden Jüge der alten Fabel in allerhand Variationen mit anknüpfen läßt. Der Richter von Baron, der, auf dem Schlosse seiner Väter residierend, ständig noch Opfern seiner unerfüllten Genußsucht jagt, fühlt sich als Nyx, der in dem Wechsel der Generationen ständig wiederkehren muß. Er kann wohl sterben, doch nicht das Wesen, das er darstellt. In einer Art von Seelenwanderung erscheint daselbst, zu gleichen Taten vorbestimmt, stets von neuem auf der Erde. Das meint der Titel: „Unterwegs“. Die Stelle des Leporello vertritt bei ihm ein Sekretär, der die gewissenlosen Streiche seines Herrn mit lakonischer Hingabe bewundert. Er ist mehr als sein Diener, ist sein Freund, der einige, dem er von seinen Abenteuer erzählt und nach dessen Beifall seine Gierlichkeit verlangt. Diefem Spießgesellen, der eine schöne, tugendhafte, das Treiben des Barons verachtende Frau besitzt, ist es nie eingefallen, daß ihm zum Dank für alle Anhänglichkeit von seinem Herrn das gleiche Los beschicken sein könnte wie all den andern Gemannern, über deren Unglück er so Schadenfreude gelacht hat.

Man folgt den Auseinandersetzungen zwischen dem verhöflichen Sünder und dessen Bruder, dem heiligen Professor, dem Auf und Ab schäumender Daseinsfreude und tiefster Depression in der Don-Juan-Seele zuerst mit Spannung im Gedanken, daß das alles nur den Auftakt zu einem bedeutsam originellen Ausgang bilden werde. Aber der Schluß bringt es über eine nur ganz äußere Theaterwirkung nicht hinaus. Des Barons letzte Eröderung ist

die Frau des Grundbes. Und als der in seiner kühnsten Reagier in ihn dringt, er möge ihm von seinem neuesten Coup berichten, ist dieser rüchlos genug, vor dem Betrogenen mit dem Erfolg zu prahlen. Der Jah aus seiner Wahnwitzigkeit Gerissene stößt ihm das Messer in die Brust. In den Worten des Sterbenden tauchen Reminiscenzen aus dem Leben seines Ahnherrn an Donna Elvira und den Komtur auf. Der Pointe fehlt nicht nur eine psychologisch näher interessierende Motivierung, auch jede ausschließliche ideelle Perspektive. Man hätte sich nach alle dem Vorbergangenen enttäuscht. So blieb der Beifall trotz der glänzenden Darstellung am Ende schwach.

Wolffs Don Juan war von beständig seinem Hauber. Sehr gut war auch Luci Pöllich als Frau des Sekretärs und Werner Krauß, der dem Gatten eine dem Geist des Stückes vorzüglich nachempfindende Färbung des Phantastisch-Karikierten gab. Conrad Schmidl.

Volkshäuser.

Der kürzlich in diesem Blatte angeregte Plan, in Berlin ein Volkshaus zu gründen, brachte mir die Entschlüsse, und Entwidlungsgeschichte eines englischen Volkshauses, des Londoner People's-Palace (Kollpalast) in Erinnerung. Sie ist so bemerkenswert und nachahmenswert, daß sie wohl verdient, bei diesem wichtigen Thema bedacht zu werden.

Im Anfang der 80er Jahre hatte der englische Romandriftsteller Walter Besant ein Buch unter dem Titel „Aller Art Menschen und Verhältnisse“ veröffentlicht, in dem er den Aufstieg eines der reichen Gesellschaftsklassen angehörigen Menschenpaares in die Stätte der größten Armut — das Londoner Eastend — schildert. Die beiden Glücklichen, die von der trostlosen Eintönigkeit, dem hoffnungslosen Alltagsgrau des Heimarbeitersdaseins fast noch mehr erschüttert werden als von seinem materiellen Elend, planen die Gründung eines Volkshauses, einer Vilegshätte der Kunst, des Frohsinns, der Gesundheit. Der Plan wird zur Wirklichkeit, und weil der entstehende „Palast der Freude“ so über alle Höhen prächtig geschwebt wird, so sehr die kühnsten Träume der Wirklichkeit übertrifft, daß Besant seinem Buche den Untertitel „Eine unmögliche Geschichte“.

Wie unmöglich aber, als dieses Buch war die Wirklichkeit. Denn das englische Publikum folgte der Anregung, lenkte sein Augenmerk auf die geistige Not im Eastend und die Freudlosigkeit seiner Bewohner, und es bildete sich alsbald ein Komitee, das aus privaten und öffentlichen Mitteln ein Terrain im Westen des Eastend kaufte, auf dem der Volkspalast errichtet wurde.

Er war zunächst nur ein Haus der Erholung und des edleren Vergnügens, wo dem Volke neben musikalischen und theatralischen Darbietungen Gelegenheit zu Sport Tanz und heiterer Geselligkeit geboten wurde. Bald aber wurde dem wachsenden Bedürfnis der aufstrebenden Bevölkerung nach Wissen durch Einrichtung von Unterrichtskursen in den verschiedenartigsten Gewerben und Wissenszweigen Rechnung getragen. Es wurde Unterricht erteilt in

den Sprachen, in Literatur, Kunstgeschichte und den Naturwissenschaften; im Schneidern, Putzmachen, Nähen, Malen, Modellieren; in Musik und im Tanzen, Turnen, Schwimmen usw.

Ganz allmählich entwickelte sich der wissenschaftliche Teil des Volkshauses zu einer Volkshochschule größten Stils, die sich von dem gesellschaftlichen Teile löstrennte und zu solcher Bedeutung gelangte, daß sie im Jahre 1907 der Londoner Universität als gleichberechtigter Zweigangteil angegliedert werden konnte.

Die großen Mittel, die hierzu erforderlich waren, dürften in der allerersten Zeit bei und schwer aufzutreiben sein. Ein Beweis dafür aber, daß sich mit den allgeringsten Mitteln Schönes und Zweckdienliches erreichen läßt, haben wir hier in Berlin in dem in der Tropenerstraße gelegenen „Jüdischen Volkshaus“. Im Jahre 1916 von jungen Studenten und Kaufleuten gegründet, umfaßt das Volkshaus eine große Anzahl von Räumen in einem keineswegs besonders dazu hergerichteten alten Hause. Die Ausstattung besteht aus einfachen, eigens für diesen Zweck hergestellten Holzmöbeln und ist zweckmäßig und schön. Hier verammelt sich täglich in den Nachmittags- und Abendstunden die in den umliegenden Straßen wohnende hauptsächlich proletarische Jugend, um sich unter der Leitung verdienstvoller Führer fortzubilden, zu gestalten und ihr Aufstrebensgefühl zu stärken. Rat und Hilfeleistung wird nach Möglichkeit gewährt und eine durchaus demokratische Verfassung sowohl der Leitung als auch der einzelnen Gruppen gewährleistet ein erprobliches Arbeiten.

Maria Steinitz.

Notizen.

— Kološka als Dramatiker. Von Oskar Kološka, dem jungen Maler, der jetzt bei der Reorganisation der Dresdener Kunstakademie eine leitende Stellung erhält, erscheinen bei Paul Cassirer vier Dramen. Aufser zwei schon früher veröffentlichten kleineren Dramen und dem Schauspiel „Iob“, das Kološka auch mit Lithographien geschmückt hat, enthält der Band eine neue Dichtung „Opebus und Eurydike“. Es sind Dramen moderner Prägung, sie behandeln alle den Kampf zwischen Mann und Weib.

— Theater. Die für den 23. März angeordnete Vorstellung „Salome“ fällt aus. In Szene geht „Liesland“. (Die Salome-Karten gelten für diese Vorstellung.) Die Strauß-Weeks wird dann am 24. März mit „Electra“ (Frau Gulheil-Schöder als Gail) beginnen. — Die Sonntagnammittags-Volkoperveranstaltungen im Volkshaus-Theater (Direktion Prof. Traugott Ochs) werden am Sonntag, den 23. März mit der Aufführung von „Rigoletto“ aufgenommen. — Im Deutschen Theater findet am 23. März die Geschaufführung von Gerhart Hauptmanns Soge „Der arme Heinrich“ statt.

— Die Gendarmen haben den Deutschen Sprachverein entgegen, um für ihre Truppe und deren Beamten sachgemäße deutsche Namen und Titel zu finden. Man schlägt den kurzen und nunmehr treffenden Namen Landwacht vor. Danach siehe dann der bisherige Gendarm der Landwachtmeister.

Gerichtliche Untersuchung.

Von zuständiger Seite erfahren wir: Es ist bekannt, daß infolge der Berichte über die Matrosenerfahrungen in der Französischen Straße der Reichspräsident beim Reichswehrminister vorstellig geworden ist um die nötige Aufklärung dieses Vorfalles umgehend herbeizuführen. Daraufhin ist die gerichtliche Untersuchung des Vorfalles eingeleitet worden. Ebenso werden alle anderen Vorkommnisse, handle es sich um einfache Uebergriffe oder insbesondere um Verletzungen des Schießverlages, auf das sorgfältigste und schnellste geprüft und gerichtliche Verfahren eingeleitet werden. Auch sind alle Vorkehrungen getroffen worden, um etwaige Wiederholungen von unsachgemäßer Erfüllung der Dienstvorschriften unter allen Umständen zu verhindern.

Der Groß-Berliner Vollzugsrat für bezirksweise Neuwahlen.

Erfolg der S. P. D.

Der Vollzugsrat beschäftigte sich in einer am 19. d. M. stattgefundenen Sitzung mit einem Antrag des Ausschusses der Freien Hochschulgemeinde, der bezweckt, den Betriebs- und Arbeiterräten eine Ausbildung in betriebs- und verwaltungstechnischen Fragen zu ermöglichen.

Der Antrag fand einstimmig Billigung und wurde zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit eine Kommission eingesetzt.

Das weitere Erscheinen einer Kommission aus Adlershof, die über die Maßnahmen der Regierungstruppen berichtete. Die Angaben dieser Kommission waren so schwerwiegender Natur, daß sofort zwei Mitglieder des Vollzugsrats beauftragt wurden, gemeinsam mit der Kommission beim Kriegsminister vorstellig zu werden.

Bereits am Montag hatte sich der Vollzugsrat mit den Wahlen der Delegierten zum Rätekongreß beschäftigt. Es wurde die Ansicht vertreten, die Wahlen hierzu in einer Vollversammlung vorzunehmen, und zwar nach den für Groß-Berlin bestehenden Bestimmungen auf Grund der Betriebswahl.

Rumkehr stellte die S. P. D. folgenden Antrag: Wir ersuchen, den Bestimmungen des Rätekongresses gemäß die Vorarbeiten für die Neuwahl der Arbeiterräte zum zweiten Rätekongreß unverzüglich in die Wege zu leiten und sich zu diesem Zweck sofort mit dem Magistrat der Stadt Berlin sowie den Gemeindebehörden von Teltow-Beeskow und Niederbarnim ins Benehmen zu setzen.

Von den Mitgliedern der S. P. D. wurde dieser Antrag scharf bekämpft und folgender Antrag eingebracht:

Der Vollzugsrat lehnt eine Wahl der Delegierten zum Rätekongreß nach den Bestimmungen des Rätekongresses ab. Er erbringt in dem Bezirkswahlsystem einen besonderen Versuch, einen Rätekongreß zustande zu bringen, der die Schaffung einer Räteorganisation nach dem Wunsch der Regierung und der Führer der Reichssozialisten gewährleisten soll. Der Vollzugsrat lehnt es ab, an diesem Vorschlag mitzuwirken, er hält nach wie vor an dem Betriebs- und Berufswahlssystem fest und schlägt der am 24. März in Teltow-Beeskow stattfindenden Vollversammlung vor, sich dieser Stellungnahme anzuschließen.

Der Antrag der S. P. D. wurde mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen und war dadurch der Antrag der U. S. P. erledigt.

Sozialdemokratische Mehrheit in Hamburg.

Bei dem Hamburger Bürgerschaftswahlen haben nach den endgültigen Feststellungen die Reichssozialisten 82 von 160 Mandaten, also die absolute Mehrheit erhalten.

Die Neubildung von Bundesstaaten.

Der sozialdemokratische Antrag vom Verfassungsausschuß angenommen.

Weimar, 20. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung wurde nach stundenlangem Diskussionsum 19 Uhr mittags über die vorliegenden Anträge abgestimmt. Mit 16 Stimmen wurde der sozialdemokratische Antrag den wir in unserem heutigen Morgenblatt wiedergeben, angenommen. In dem Antrag war vorher im zweiten Absatz das Wort „verfassungändernde“ gestrichen worden, so daß also künftig die Neubildung von Ländern oder die Aenderung ihres Gebietes durch einfaches Reichsgesetz erfolgen kann, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt. Der Wille der Bevölkerung ist durch die Abstimmung der wahlberechtigten Einwohner festzustellen. Für den sozialdemokratischen Antrag stimmte auch das Zentrum. Dagegen stimmte die U. S. P. dagegen.

Anßerdem wurde vom Verfassungsausschuß eine Resolution angenommen, wonach für die vorbereitenden Schritte einer Neubildung von Ländern beim Reichsamt des Innern eine besondere Vermittlungsstelle geschaffen werden soll, die unter den jeweiligen Interessenten bei den Fragen der Neubildung oder Aenderung der Ländergebiete vermitteln soll.

Wie bei den Demokraten, so ist auch bei den Sozialdemokraten keine einheitliche Auffassung bei der Preußenaufteilung vorhanden.

Industrie und Handel.

Börse.
Unter dem Eindruck der Nachrichten vom Seemannsstreik eröffnete die Börse heute mit niedrigeren Kursen. Bemerkenswert war es jedoch, daß die Kursrückgänge, die sich auf allen Marktteilen erstreckten, durchweg nur sehr gering waren. Unter Schiffahrtswerten, die naturgemäß im Vordergrund des Interesses standen, konnten sogar Teufels-Australier von vornherein anziehen. Die Zuverlässigkeit der Börse, die schon in ihrer Anfangsbildung zu beobachten war, zeigte sich im weiteren Verlauf auf die günstigeren Hamburger Nachrichten durch. Wieder waren es Teufels-Australier, die bei lebhaftem Nachfrage ansetzten. Auf den übrigen Märkten, wo das Geschäft stiller war, erhöhten sich im allgemeinen die Kurse. Von Rüstungswerten waren Eisen-Kupfer niedriger, Kriegsanleihen waren unverändert.

Bewerkschaftsbewegung

Versicherungsangestellte!
Freitag, den 21. März, nachmittags 5 Uhr, in den Sophienkassen, Sophienstr. 17-18, Besprechung der Angehörigen der Angestellten-Ausschüsse mitbringen. Tagesordnung: Der Tarifvertrag. Das Kartell der Angestelltenverbände.

Groß-Berlin

Lebensmittel.

Da schreibt nun Fröh- und Abendblatt, daß allerhand Eripriehliches, Wohlwollendes, Geniehlisches der Deutsche zu erwarten hat.

Es heißt, es wird das Schweinefleisch in Rotterdam schon ausgeküpft; der Michel lauft sich schon das Salz dazwischen er als das Schöne stippt.

Darf ich Dich warnen lieber Knabe, der lästern schon die Zähne bleicht? Ja glaub's nicht eher, bis ich's habe und freu mich erst, wenn es mir schmeckt!

Paulchen.

Betriebs-Arbeiterräte S. P. D.

Fractions-Sitzung Freitag, den 21. März, nachmittags 2 Uhr, im Plenarsaal des Herrenhauses. Tagesordnung: Anträge zum Rätekongreß. Erscheinen aller Arbeiterräte dringend notwendig.

Der Fraktionsvorstand. J. A.: Straffer.

Keine Neuwahl der kommunalen Arbeiterräte!

Vom A.-R. der Gemeinde Treptow wird angeklagt: Im Ortblatt unserer Gemeinde wurde angekündigt, daß am 28. März eine Neuwahl des hiesigen Arbeiterrates stattfinden würde. Nach den von uns eingeholten Informationen bei dem Zentralrat wurde uns der mündliche und schriftliche Befehl, daß die durch den Zentralrat ausgegebenen Neuwahlen zu den Arbeiterräten nur für die Bezirksarbeiterräte Geltung haben. Für die kommunalen Arbeiterräte finden zurzeit keine Neuwahlen statt. Der bevorstehende Kongreß am 8. April soll erst über die Richtlinien zu den kommunalen Arbeiterratswahlen Stellung nehmen.

Gegen den gewerblichen Wohnungsmietwucher

Der in Groß-Berlin seine Wälen treibt, dürfte das Kriegswucheramt nunmehr ebenso wie die neuen Stadtparlamente energisch vorgehen. Namentlich im Westen der Stadt ist der Wohnungsmietwucher eine sehr unerfreuliche Erscheinung geworden. Es ist einwandfrei festzustellen, daß geschäftstüchtige Leute, die die Kostlage des wohnungsuchenden Publikums zu ihrem Vorteil ausbeuten, leere Wohnungen lediglich zu dem Zweck gemietet haben, um sie mit Möbeln auszustatten und sie zu sehr hohen Preisen möbliert weiter zu vermieten, oder um die Möbel unter Abtretung des Mietvertrages weit über den Preis wieder zu verkaufen. So wurde dieser Tage ein besonders geschätzter Hamster ermittelt, der es fertig gebracht hat, über vierzig Wohnungen in seiner Hand zu vereinigen. Ein zweiter Hamster wickelt dreißig Wohnungen, um sie in der gekennzeichneten Weise mit 200 bis 300 Proz. Nutzen wieder an den Mann zu bringen. In beiden Fällen handelte es sich um Zwei- oder Dreizimmerwohnungen in Wilmersdorf, wo sich bekanntlich die Wohnungsnot zu einer Riesenskala auszuweiten hat. Wie wir hören, gedenkt die Stadt Wilmersdorf in Gemeinschaft mit dem Kriegswucheramt energisch gegen diese Hamster vorzugehen, die ihr Geschäft seit Kriegsbeginn betreiben.

Die Gemeindeverwaltung Kalsdorf hat derartigen Spekulant vor kurzem einen Strich durch die Rechnung gemacht. Im Gemeindebezirk befinden sich in 31, zurzeit unbewohnten Landhäusern 51 und in bewohnten Häusern 21 unbewohnte Wohnungen, die von Groß-Berlinern nur in wenigen Sommermonaten benutzt werden. Dagegen werden nach vorläufigen Feststellungen am 1. April dort etwa 15 Familien mit 70 Köpfen wohnungslos werden. Die Gemeindeverwaltung hat sich deshalb entschlossen, die Ermächtigung zur Enteignung aller den Berliner Sommergästen zur Verfügung stehenden Wohnungen nachzusehen. Wie wir hören, steht ein derartiger Beschluß auch in anderen Vororten bevor.

Zentralbeerdigungsstelle für die Opfer Groß-Berlins.

Auf Anordnung des Ministeriums des Innern ist eine Zentralstelle des Beerdigungswesens für die revolutionären Opfer Groß-Berlins geschaffen worden, deren Geschäftsräume sich im Polizeirevier 5, Albrechtstr. 22, befinden. Sämtliche Behörden, Truppen- und Familien, die in den Rätefamilien Verluste an Toten gelitten haben, werden gebeten, diese der Zentralstelle zu melden unter Mitteilung: 1. Wo der Verstorbene seinen Verletzungen erlegen ist. 2. Ob, wo, wann und von wo die Beerdigung stattgefunden hat. 3. Die Namen genaunt Personallen. 4. Ob der Verstorbene an den Kämpfen beteiligt gewesen ist oder nicht.

„Eine Lücke in der Erwerbslosenfürsorge.“

Zu der in der gestrigen Morgennummer unter obiger Ueberschrift gedruckten Notiz erhalten wir nachstehende Zuschrift von der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin:

Zu dem in der gestrigen Nummer gebrachten Hinweis auf die durch die zurzeit geltende Bestimmung, daß Empfänger von Familienunterstützungen von jeder Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen sind, haben wir zu bemerken, daß auch der Hauptausfluß der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin hierin eine tatsächlich nicht gerechtfertigte Härte erblickt. Er hat daher unter Hinweis auf die auch von Ihnen hervorgehobenen erheblichen Unbilligkeiten, die sich hieraus in der Praxis ergeben haben, bereits vor längerer Zeit (und wie lange wird es noch dauern? D. N.) beim Reichsamt für wirtschaftliche Vermögensverwaltung beantragt, den § 7 der Verordnung vom 9. 12. 18 entsprechend abzuändern.

Wir bemerken, daß wir vor einer Woche unter erneutem Hinweis auf die außerordentliche Dringlichkeit der Angelegenheit an den Erzieher der beantragten Verordnung erinnert haben.

Tariferhöhungen im Personenverkehr.

Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten schreibt: Durch die mit Befehdskraft ausgestattete Verordnung der preussischen Regierung vom 9. März hat die Staatsbahndirektion die gesetzlich Ermächtigung zu den von ihm zum 1. April in Aussicht gestellten Erhöhungen der Güter- und Posttarife erhalten. Diese Ermächtigung beschränkt sich auf diese Tarife, weil es nach der bestehenden Befehdslage einer gleichen Ermächtigung für die Personen-tarife nicht bedarf. Es treten also, wie zur Vermeidung von Zweifeln betont werden muß, am 1. April 1919 nicht nur die in der Verordnung vorgesehenen Erhöhungen der Güter- und Posttarife, sondern auch die bereits angedeuteten Tariferhöhungen im Personenverkehr in Kraft.

Die Zukunft der Republikanischen Schutztruppe.

Nach dem von der Nationalversammlung beschlossenen Reichswehrgesetz haben die freiwillig gebildeten Truppenverbände entweder zu der zu bildenden Reichswehr oder zur Volkswehr, oder zur Republikanischen Soldatenwehr überzutreten. Heute vormittag tagte in der Aula des Französischen Gymnasiums eine Versammlung von Verbandsmännern der Republikanischen Schutztruppe, die darüber beriet, welchen der drei vorgeschlagenen Wege die Republikanische Schutztruppe einschlagen will. Die allgemeinen Gesichtspunkte, welche für die Angehörigen dieser Truppe in Frage kommen, brachte ein Vertrauensmann des

Regiments Lieke zum Ausdruck. Er bewachte, daß die neue Reichswehr nicht auf den freiwilligen Abteilungen nach Art der Republikanischen Schutztruppe aufgebaut werde, und sagte: „Im Januar folgten wir aus Idealismus dem Ruf der Regierung, um sie zu schützen. Das scheint man vergessen zu haben. Die Regierung ist heute in viel größerer Gefahr, als am 6. Januar. Mehr als zuvor bedarf sie des Schutzes durch eine Truppe, die aus Ueberzeugung auf dem Boden der Republik steht. Was im Januar Idealismus war, ist heute für uns eine Existenzfrage. Wir sind Familienväter. Wir wollen nicht den Wollschälchen Platz machen. Wenn sie als Freiwillige kommen, wollen wir sie annehmen, aber sie sollen keinen Vorzug haben. Es darf nicht sein, daß diejenigen, die wir am 8. November besieg haben, wieder emporkommen. Für den Uebertritt in einen der zugelassenen Truppenkörper stellte der Wehrer folgende Forderungen: Wir wollen auch nach dem Uebertritt ein selbständiges Detachement bleiben und unsere Eigenart wahren. Wir wollen unsere Führer selbst wählen und das Bestätigungsrecht für die Führer haben, die uns später bestellt werden. Wir wollen unsere Führer nicht von der Gnade eines Generalstabsoffiziers abhängig machen. Die Kommandogewalt erkenne ich an, soweit sie meinem stillen Empfinden und meiner politischen Pflicht nicht widerspricht. So würde ich dem Befehl, einen Mann zu erschießen, weil in seiner Wohnung ein Handgranatenstiel gefunden wurde, nicht Folge leisten. Ebenfalls würde ich einen Befehl ausführen, der eine Aktion gegen die sozialistische Regierung bedeutet. — Weiter fordern wir, daß Berlin der Standort unserer Truppe bleibt, denn wir sind fast alle Berliner.“

Die militärischen Führer der Regimenter „Reichstag“ und „Liebe“ vertraten im allgemeinen den Standpunkt, man müsse mit den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen und da sei es das Beste, zur Reichswehr überzutreten. Wer unbedingt in Berlin bleiben wolle, der würde der R. S. W. beitreten müssen. Die Ausführungen des erstgenannten Redners fanden vielfach Zustimmung. Andererseits wurde aber auch betont, daß man sich dem Beschluß der Nationalversammlung zu fügen habe, daß die Regierung eine zuverlässige, unter einheitlicher Führung stehende Truppe haben müsse.

Die Versammlung beschloß, ihre Wünsche in einer Denkschrift niederzulegen, diese zu veröffentlichen und durch eine Kommission bei der Reichsregierung vertreten zu lassen.

Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin, Bildungsabteilung. Am 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet in der Stadthalle des neuen Stadtsaales, Eingang Klosterstraße, ein Konzertsongert statt. Eintritt 30 Pf. Mitwirkende: Frau Erna Daniel (Klavier), Frau Gertrud Steiner-Rothstein (Violine), Frä. Die Grumbacher de Jong (Gesang), Konzertsänger: Steinmann. Die für den 14. März gelösten Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit, bedingende die für das Philharmonische Orchesterkonzert gelösten Karten. Eine Rückzahlung der Beträge für das Konzert am 4. März erfolgt nicht, da dieses in der Philharmonie stattgefunden hat.

Die wissenschaftlichen Vorträge beginnen Montag, den 24. d. M.

Beamtenmangel bei der Erwerbslosenfürsorge?

Warum dauert es bei der Erwerbslosenfürsorge oft ganz unbegreiflich lange, bis über die Anträge auf Unterstüßung entschieden wird? Immer wieder geben uns Klagen darüber zu, daß die Antragsteller mehrere Wochen auf Bescheid warten müssen. Einer dieser Leidensgefährten hebt hervor, daß doch bei solcher Verzögerung die Erwerbslosenfürsorge ihren Zweck, den Bedürftigen zu helfen, verliert. Ihm, der untermommen mit vielen anderen von Woche zu Woche vertüßet wurde, erklärte bei der Fürsorgebehörde ein Beamter: „Wir haben nur einen Helfer, und der kann die Arbeit nicht bewältigen.“ Was das nur eine leere Redensart oder soll man so etwas für möglich und tatsächlich halten? Der Leidensgefährte sagte uns, er selber würde lieber bei der Erwerbslosenfürsorge eine derartige Stellung annehmen, als auf eine Unterstüßung von ihr zu warten, alle paar Tage zur Fürsorge zu laufen und sich immer wieder abweisen zu lassen. Dieser Gedanke, die Hilfskräfte zur Erwerbslosenfürsorge zu vermehren, verdient Beachtung. Auf diese Weise könnte man der Erwerbslosen in Arbeit gebracht werden, und den anderen würde durch Beschleunigung des Bescheidens bei der Erwerbslosenfürsorge die Arbeitszeit abgelenkt.

Größter Schaden am Donnerstagfrüh auf dem Schlesischen Bahnhof an der Hohenlohebrücke aus. Als der Brand vor Kenntnis der Feuerwehr gelangte, standen schon in der Hauptwerkstätte der Eisenbahn das Hauptmagazin mit wertvollem Inhalt an Materialien, Wölle, Holzstücken, Dachpappe usw. in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten bereits dem Erdgeschloß das erste Stockwerk mit dem Dachgeschloß ergriffen und griffen mit rasender Geschwindigkeit um sich. Mit zahlreichen Schlauchleitungen wurde zwei Stunden lang Wasser gegeben, bevor es gelang, die Gewalt des entseffelten Elements zu brechen. Um an den außerordentlichen Brandherd zu gelangen, benutzte die Wehr mehrere Steklieftreue, über die dann vorgegangen wurde. Das Hauptmagazin ist zum größten Teil ausgebrannt. Der Schaden soll angeblich erheblich sein.

Die Lichtspiele „Neue Philharmonie“. Köpenicker Straße 16/17, bringen vom 21. ab die Uraufführung des 4 Aufzuges „Wenn das Leben mit“ sowie ferner das Filmdrama „Kompromittiert“.

Freizeit-Veranstaltungen. Folgende Vorträge finden statt: Samstag, den 22. März, 8 Uhr: „Mit Dampfer von Bremen nach New-York“ (Hilme). Sonntag, den 23. März, 8 Uhr: „Volksleben“ (Seidens, Kenntnis und Fische) (Hilme). 5 Uhr: „Am Lande der Schwarzen“ (Deutscher Eubankstern). 7 Uhr: „Mit Dampfer von Bremen nach New-York“ (Hilme). Dienstag, den 25. März, 7 Uhr: „Unter Glockenturm“ (Vater-Vortrag von Dr. Dr. H. H. H.). Mittwoch, den 26. März, 7 Uhr: „Alt Heidelberg“, eine Rederwerbungsarbeit von der D. N. bis zur Wändung. (Vortrag mit farbigen Lichtbildern von Herrn Max Reusch.) Mit dem großen Fernrohr ist jetzt am Tage die Venus und am Abend der Jupiter und Saturn günstig zu beobachten.

Der Zoologische Garten und das Menarum, welche im Zusammenhang mit den Kurkuren geschlossen waren während der letzten beiden Wochen, sind von heute ab wieder geöffnet.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Früh. Von heute bis Montag erhält jede Person auf ihre eingetragene Speisekarte 125 Gramm Fleisch zum Preise von 3,24 M. pro Pfund.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Friedenau. Freitag, 7 Uhr, im Rätehaus des Rathauses Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Politik des Tages. Referent: Erich Kautner. 2. Die örtliche Organisation. 3. Bericht des Referenten.

Früh. Heute abend 7 Uhr in der Aula, Ebauffestr. 136: Mitgliederversammlung. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Jugendveranstaltungen.

Der 2. Abend des Vortragskurses „Die Geschichte des Sozialismus“ findet heute abend 7 Uhr im Jugendheim, SW. 68, Lindenstr. 8, Hof links 3 Tr., statt. Vortragender Herr Graf Grunwald spricht über: Die großen Utopisten (Fourier, Owen, St. Simon).

Jugendbühne. Zu den heute beginnenden Vorstellungen der Jugendbühne in den Kammerspielen sind Eintrittskarten zum Preise von 75 Pf. für Nachmittagsvorstellungen und 1 M. für Abendvorstellungen im Jugendklub, SW. 68, Lindenstr. 114, v. l. 1, zu haben. Zur Aufführung gelangt „Iphigenie auf Tauris“.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Erich Kautner, Berlin. Für Anzeigen: Erich Kautner, Berlin. Verlag: Hermann Kautner & Co. Berlin, Druck: Hermann Kautner & Co. Berlin, Verlagsanstalt: Paul Singer & Co. in Berlin, Lindenstraße 8.

Briefkasten der Redaktion.

23. 2. 87. Die Kündigung ist an sich zulässig, der Mieter kann jedoch das Mietverhältniss...

ment ablenkt, Beschwerde beim Kriegsministerium. - 'Vorwärts' 253. ...

Zeit ist nicht möglich. - S. 8. 33. 1. Jeder nicht. 2. Wenden Sie sich an das Bezirkskommando...

Löffel Esslöffel :::: Kaffeelöffel. jeder Art und in jeder Ausführung. Franz Borowicz, Metallwaren.

Große Eile tut not! Unteroffiziere, Infanteristen, M.-G.-Schützen, Spielente, Sanitätspers., Fahrer, Handwerker.

Nervöse Schlaflosigkeit wird behoben durch Angloval. Generaldepot: Hohenzollern-Apotheke, Berlin W 10.

Möbel-Angebot. Treudeutsche Männer! Die Heimat ist in Gefahr! Jeder, der Interesse hat, deutsche Landesteile vor gewaltthamer Zerstörung zu schützen...

Verkäufe

Geistliche, Geographische, Besondere, edle Bronzen, seltene Gegenstände...

Möbel-Gesch.

Frankfurter Straße 141, antikes Geschloß, Inneneinrichtung 6. Edele Möbelstücke...

Schlafzimmer

in reicher Auswahl, einfacher und eleganter Ausführung...

Kaufgesuche

Flügel, Klavier, Orgel, Harmonium, Violoncell, Gitarre...

Wasserschlösser

aus Eisen, Stahl, Messing, Kupfer, Zinn, Bronze...

Wasserschlösser

aus Eisen, Stahl, Messing, Kupfer, Zinn, Bronze...

Wasserschlösser

aus Eisen, Stahl, Messing, Kupfer, Zinn, Bronze...

Wasserschlösser

aus Eisen, Stahl, Messing, Kupfer, Zinn, Bronze...

Möbel

Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel

Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel

Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel

Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel

Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel

Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel

Möbel, Möbel, Möbel...

Möbel

Möbel, Möbel, Möbel...

Austrägerinnen für den 'Vorwärts'. Berlin, Pankow, Reinickendorf, Steglitz, Tempelhof, Treptow, Weidensee, Wilmersdorf.